

Nassauer Anzeiger



Ämtliches Organ

für die Stadt Nassau und für Bergnassau-Scheuern.

Publikationsorgan für das Amtsgericht Nassau.

Bezugspreis:
Vierteljahr 6.45 Mk. mit Bringerlohn.
Erscheint dreimal:
Dienstag, Donnerstag, Samstag
Einzelnnummer 25 Pf.

Anzeigenpreis:
Die einpaltige Zeile 50 Pf.
bei amtlichen Bekanntmachungen 70 Pf.
Die Reclamezeile 200 Pf.

Filialen in: Bergnassau-Scheuern, Sulzbach, Schweighausen, Oberhof, Attenhausen, Hömberg, Elsenhütte.
Telegramme: Buchdruckerei Nassaulahn.

Bankkonto: Nassauische Landesbank Nr. 1830.

Fernsprechanruf Nr. 24.

Nr. 124

Druck und Verlag:
Buchdr. Geirr. Müller, Nassau (Lahn).

Dienstag, 26. Oktober 1920.

Verantwortung:
Arthur Müller, Nassau (Lahn).

43. Jahrg.

Der Reichstag.

Berlin, 20. Okt.

Sitzungsbericht.

Die Erörterungen im Reichstag begannen mit einer Rede Dr. Kurt Rosenfelds, der behauptete, daß die Fremden in Deutschland vogelfrei seien, wie sie nur jemals unter dem alten Regime gewesen seien. Er fordert das Recht der freien Rede und vollständige Gleichberechtigung für jeden Deutschen wie für jeden einer anderen Nation. Er verlangte in einem merkwürdigen Vertrauen in die deutsche Rechtsprechung, daß er nur ausgewiesen werden könne, wenn ein richterliches Urteil vorläge. Er meinte, daß zuerst der Staatsanwalt gegen die beiden Russen vorzugehen habe, bevor die Polizeibehörde mit einer Ausweisung vorgehen dürfe.

Der Reichsminister des Äußeren, Simon, hatte den abfälligen Einwendungen Rosenfelds nur sehr schwache Argumente entgegenzusetzen. Er schien die Staatsanwälte verteidigen zu wollen, die nicht gegen Sinowjew vorgegangen sind. Er meinte, daß man doch nicht wisse, ob diese eine Kuratelle vor den Gerichten erzielt hätten, was nach den Reden der beiden Russen und nach den Bestimmungen des Strafgesetzbuches einermassen ersichtlich wäre. Die Notwendigkeit eines Fremdenrechtes anerkannte der Minister, aber er führte aus, daß eine Rede, wie die Dr. Rosenfelds, kaum dazu führen werde, daß der Reichstag ein Fremdenrecht schaffe, das Dr. Rosenfeld gefalle. Kein Staat der Welt, auch Sowjetrußland nicht, hat auf das Recht verzichtet, gegen Fremde vorzugehen, die dem eigenen Lande schweren Schaden zufügen. Der tatsächliche Zustand in Deutschland sei weit freier, als in irgend einem anderen Staat. Nichts liege uns ferner, als die Beziehungen mit Sowjetrußland zu stören. Die Maßregeln gegen Sinowjew und Losowski seien in gar keiner Weise zu beanstanden, wenn man sie in Zusammenhang mit der Einreiseerlaubnis bringe. Daß die Polizeibehörde nicht mit übermäßigem Eifer vorgegangen seien, bleibe dahingestellt.

Abg. Eduard Bernstein (Soz.) führte zu dem Antrag Aderhold aus, daß auf keinen Fall mit der Ausweisung Sinowjews und Losowskis eine Verletzung des Asylrechts vorliege. Selbstverständlich müsse die deutsche Republik ein Asyl für Verfolgte und Unterdrückte sein. Sinowjew und Losowski aber seien für eine bestimmte Zeit und für einen bestimmten Zweck nach Deutschland gekommen. Es liege also keine Ausweisung vor, sondern eine Verlängerung des Aufenthalts, der ihnen bis zum Tage genehmigt worden war, an dem sich Schiffsabfertigung für sie bietet, aus Deutschland abzureisen. Beide sind nicht als Verfolgte und Unterdrückte nach Deutschland gekommen, sondern als Verfolger und Unterdrücker. Er ist oft genug Gelegenheit gehabt, Leuten Schutz zu gewähren, die von Sinowjew und Losowski verfolgt wurden. Man darf nicht außer Acht lassen, daß Hunderte und Aberhunderte unschuldige Opfer der beiden geworden sind. Wir sind gegen die Methoden der Russen. So sehr die Faktion des Vorkommis bedauert, muß sie den Antrag ablehnen.

Der deutschnational Abgeordnete Wille hielt dann eine Rede, in der er statt Sinowjew zwei Dutzend Male Kreßbaum sagte, Außen und Volkswissen in einen Topf warf, gegen die Ostjuden im besonderen und gegen die Juden im allgemeinen sprach. Er brachte zahlreiche Zitate aus der Rede Marjoffs auf dem Halleschen Parteitag der U. S. P., er verlas zahlreiche Zeitungsausschnitte und verlangte die schärfsten Maßnahmen gegen Russen, die in Deutschland agitierten.

Zentrumsabgeordneter Dr. Bell verteidigte die Einreiseerlaubnis, die den beiden Russen gewährt worden war, aber er erklärte, daß diese sich nicht an die Verfügungen gehalten hätten, die Voraussetzung zur Einreiseerlaubnis gewesen wären.

Der Neukommunist Koenen feierte Sinowjew als den Helden der dritten Internationale, als das Oberhaupt der Weltrevolution. Er verurteilte alle Einrichtungen in Rußland und die Lebenshaltung der russischen Arbeiterklasse. Er wies den Terror der Bolschewisten und erging sich in beständigen Angriffen auf die Rechtsunabhängigen, die seine Rede sehr oft unterbrachen.

Es sprachen noch Malewsky und Petersen. Dann wurde ein Schlußantrag angenommen und Lebebour erhielt das Schlußwort.

Er verlangte Redefreiheit für jedermann, auch für die Ausländer. Unter großer Heiterkeit wendet sich der Redner dann gegen die Neukommunisten, denen er Nationalität vorwirft.

Der unabhängige Antrag wird darauf gegen die Stimmen der kommunistischen Gruppen abgelehnt.

Das Gesetz gegen die Kapitalflucht wird auf Antrag des Abg. Waldstein (Dem.) einem Ausschuss überwiesen.

Das Haus vertagt sich dann auf Mittwoch, den 27. Oktober, 1 Uhr: Interpellation über die Dieselmotoren und über die Ergebnisse des Entwaffnungsgesetzes.

Der antwortige Ausschuss des Reichstages tritt morgen zu einer Sitzung zusammen. Obgleich der Rat bis Mittwoch vertagt wurde, werden 3 Ausschüsse tagen. Die parlamentarische Arbeit ruht also nicht. Auf der Tagesordnung stehen vor allem die ober-schlesische Frage. Auch die polnische Regierung hat einen Altentwurf über die Vorgänge in Oberschlesien veröffentlicht, der in allem das Gegenteil von den deutschen Feststellungen in Deutschland behauptet. Viele Schwierigkeiten wird es hier geben. Denn es herrschen sehr viele Anschauungen, über das, was aus Oberschlesien werden soll. Die Polen wollen es für sich nehmen, Preußen will an der staatsrechtlichen Stellung des Gebietes innerhalb Preußens nichts geändert haben, während die Reichsregierung für die Bildung einer selbstständigen Provinz Oberschlesien ist. Es besteht die Möglichkeit, daß aus dem Widerstreit über Oberschlesien eine Krise entstehen kann.

Das Arbeitsprogramm.

Dem Reichstag wird eine Fülle von Anträgen zu gehen. Es liegt ihm vor: Der Entwurf eines Gesetzes über die Verlängerung der Kündigungsfrist, ein Gesetz über den Reichshaushalt, die Änderung des Besoldungsgesetzes und des Kapitalfluchtgesetzes. Außerdem sollen dem Reichstag 37 weitere Gesetzentwürfe vorgelegt werden. Die wichtigsten sind: Ueber den Volksentscheid, über den Staatsgerichtshof, die Sicherung einer einheitlichen Regelung der Brandenburger, die Abänderung des Reichsnotopfers, Gesetz über die gemeinwirtschaftliche Neuordnung des Kohlenbergbaues, ein Ausführungsgesetz zum Elektrizitätsgesetz, Vertretung der Betriebsräte im Aufsichtsrat, ein Reichshöchstmietsordnungs-gesetz, der heutigen Zeit angepaßt; über Arbeitsnachweis, Arbeitsstarke, Pflichtverbände der Krankenpfleger, Arbeitslosenversicherung, Schlichtungsordnungsverfahren in Versorgungssachen, Regelung der Eisenwirtschaft, Bezirkswirtschaftsräte, endgültiger Reichswirtschaftsrat; über die Betriebsbilanz, über die Teilung von Bezügen an die Pensionäre und Hinterbliebenen, über die Reichsstrafpolizei, über den Waffengebrauch des Grenz- und Aufsichtspersonals und der Angehörigen der Wehrmacht, Gesetz zur Durchführung des Friedensvertrages.

Rundgebung des Reichskanzlers

Aufruf an die Oberschlesier.

In der soeben erschienenen ersten Nummer des ober-schlesischen Zentrumsblattes „Oberschlesische Rundschau“ erklärt der Reichskanzler Fehrenbach folgende Rundgebung an die Oberschlesier:

„Deutschlands Lage ist ernst und schwer, aber nicht hoffnungslos. Hart laßt auf uns die Faust der Sieger, die uns nicht glauben wollen, daß nur unsere wirtschaftliche Gesundung auch ihnen die erwarteten Vorteile bringen kann. Sie hegen immer noch den Argwohn, daß Deutschland seine wiedergewonnenen Kräfte nicht im Dienst des Friedens, sondern zur Befriedigung irgend einer Revanche ausüben würde. Der Glaube an den ehrlichen Willen des deutschen Volkes, den durch den Friedensvertrag übernommenen Verpflichtungen nachzukommen, um zu einem Teil an der Wiedererrichtung der europäischen Völkergemeinschaft beizutragen, muß zum Gemeingut der Völker und Staaten werden. Nur so kann eine Atmosphäre internationalen Vertrauens geschaffen werden, in der die Heilung der tausendfachen Kriegsschäden eintreten kann, die die besiegten und unbefiegten Völker erlitten haben. Den Glauben an Deutschlands ehrlichen Willen überall zu besitzen und das deutsche Volk überall in den Stand zu setzen, die Leiden des Krieges zu überwinden und am Neuaufbau des Reiches mitzuwirken, ist die vornehmste und größte Aufgabe, die der deutschen Regierung gestellt ist, und zu deren Erfüllung alle meine Mitarbeiter und ich ihre Kräfte einsetzen. Wir haben Vertrauen, daß diese große und schwere Aufgabe gelöst wird. Denn unerschütterlich steht in uns die Überzeugung von der unverwundlichen Lebenskraft des deutschen Volkes und ein unbeugbarer Wille zum Leben. Unser Volk, das wie kein anderes gemeinsame Not getragen hat und trotz der großen Erschütterungen, die ihm der Krieg gebracht hat, die Entschlossenheit zum Wiederaufstieg aus dem tiefen wirtschaftlichen und moralischen Elend bewahrt hat, trägt in sich die Bürgschaft eines neuen starken Lebens. Wir haben die Stürme, die in den Revolutionstagen über unser Vaterland dahingebrochen sind, überstanden, und ich trage die Zuversicht, daß wir auch über alle Schwierigkeiten und Gefahren, die uns noch bevorstehen, hinwegkommen werden.“

Wir sind geteilt, wenn wir in Treue zusammenstehen und uns bemühen bleiben, daß wir alle ein gemeinsames Schicksal tragen und durch unerschütterliche Schicksalsgemeinschaft mit einander verbunden sind. Dieses Bewußtsein muß insbesondere auch in Oberschlesien voll, stark und lebendig sein; denn gerade von unseren ober-schlesischen Brüdern wird das offene Bekenntnis mit dem deutschen Volk und Vaterlande gefordert. Ganz Deutschland blickt heute auf den Kampf, den das ober-schlesische Volk um seine Zukunft ausfechten muß. Die deutsche Regierung ist sich bewußt, daß der besonderen Eigenart des ober-schlesischen Landes und Volkes weit mehr als in der Ver-

Kleine Chronik.

Schwere Einbruchsdiebstähle. Der Wochenwechsel hat zwei Mainzer Geschäften unangenehme Ueber-raschungen in Form von schweren Einbruchsdiebstählen gebracht, wo zusammen Waren im Werte von gegen eine Million Mark gestohlen wurden. Im ersten Fall handelt es sich um das Goldwaren- und Uhrengeschäft von Remetter am Schillerplatz, wo in der Nacht zum Sonntag Waren im Wert von etwa 400 000 Mark von den Tätern mitgenommen wurden, im zweiten um das Teppichimportgeschäft B. Ganz u. Cie. am Fischmarkt, das in der Nacht zum Montag heimgejagt wurde, ebenfalls einen Verlust etwa in derselben Höhe zu beklagen hat. Ueber die Täter fehlt bis jetzt noch jede Spur. Ob ein Zusammenhang zwischen beiden Einbrüchen besteht, ist nicht zu sagen. Im Fall Remetter lassen die Vorgänge auf Anfertigung der Täter schließen. Die Kriminalpolizei ist in der Verfolgung der beiden Angelegenheiten unausgesetzt tätig.

Diebstesnest. Die Frankfurter Eisenbahn-Kriminalpolizei ist einem großen Diebesnest auf die Spur gekommen. Durch falsche Frachtscheine wurden Eisenbahnfrachtgüter im Werte von mehr als 400 000 Mark erbeutet. Ferner wurden zwei Rangierer wegen umfangreicher Eisenbahnwagenentraubungen verhaftet sowie ein bei der Gepäckabfertigung angeheilter Gepäckfahrer, der für zirka 15 000 Mark Stoffe und Schuhe beiseite geschafft hatte.

Großfeuer wütet in Kirchhau bei Bausen, wo das Garnlager der vereinigten Spinnereien und Webereien von August Wels u. C. B. Paul brennt. Auch das Lager der Firma wurde vom Feuer ergriffen. Man hofft, das Feuer zu lokalisieren.

Kohlenschiebungen. In Andernach wurden durch die Wirtschaftspolizei der Rheinrombauverwaltung bedeutende Verschleibungen von Kohlen nach Holland aufgedeckt. Die Schiffe wurden in Andernach nicht vollständig entladen; die zurückbleibenden Kohlen, etwa 7000 Zentner in der letzten Woche, bestien die Schieber dann mit Steinen zu und schafften sie nach Holland.

Billiger Kaffee? Wie wir erfahren, wird beim Kaffee durch relativ günstige Einfuhren eine erhebliche Verbilligung erwartet. In einzelnen Geschäften in Frankfurt ist dieser billige Kaffee bereits eingetroffen, der Preisermäßigungen um 6 bis 8 Mark pro Pfund zeigt.

Ein „schwerer“ Verlust. Auf dem Hofgut Goldstein bei Schwandheim a. M. wurden in einer Nacht mittels Brecheisens eine 60 Zentimeter starke Mauer durchbrochen und vier fette Schweine gestohlen. Die Diebe verbrachten diese nach einem bei dem Hofe befindlichen Sumpfe und schlachteten sie dort ab. Obwohl der Hofhund meldete, gab man kein Gehör, weil derselbe bei jeder Kleinigkeit bellt.

Schöne Zustände. Bei einer Zugrevision in Grödenheim a. M. stellten Eisenbahner fest, daß zahlreiche Arbeiter mit Wochenkarten 4. Klasse in der 3. Wagenklasse fuhren. Die Arbeiter setzten ihrer Entfernung aus der falschen Wagenklasse Widerstand entgegen und schlugen auf die Beamten ein. Erst dem Eingreifen der französischen Besatzungstruppen gelang es, die Beamten aus den Händen der Menge zu befreien und die Haupttrüffelsführer zu verhaften. Auch der Fahrdienstleiter mußte vor den Tumultuanten durch die Franzosen geschützt werden, die schließlich mit Paionetten und geladenen Gewehren gegen die Menge vorgehen mußten.

Der Reichskanzler im Bummelzug. Die demokratische Abgeordnete Frau Brönnner erzählt in der „Brücke“ über ein zufälliges Aufammentreffen mit Reichskanzler Fehrenbach in Süddeutschland. Der Reichskanzler hatte wichtige Besprechungen mit dem bayerischen Ministerpräsidenten in München und war, wie sich herausstellte, den ganzen Tag von Bummelzug zu Bummelzug umgestiegen. Auf die Frage, warum er denn nicht ein Auto benutze, erklärte Fehrenbach, er habe es nicht für Recht, in diesen Zeiten das Reich mit solchen Ausgaben zu belasten. Frau Brönnner fügte hinzu, dieses süddeutsche Beispiel könne manche Stelle im Norden beschämen, die für weniger wichtige Funktionen nicht ohne Auto auskommen zu können glauben.

Falsche Franzosen. Vor dem Schwurgericht in Zwickbrücken hielten sich der Schuhmacher Friedrich Jochem, sein Bruder der Schuhmacher Rudolf Jochem, beide aus Lingenfeld, und der Metzger Philipp Bösch aus Hördt wegen räuberischer Erpressung und schweren Raubes zu verantworten. Ihre Tätigkeit bestand hauptsächlich darin, in französische Uniform gekleidet, Straßenpassanten zu berauben. Als Anrede gaben sie an, mit französischen Soldaten in Verbindung gestanden zu haben. Das Urteil lautete gegen Friedrich Jochem auf 6 Jahre, seinen Bruder Rudolf auf 6 Jahre 6 Monate und gegen Philipp Bösch auf 1 Jahr 6 Monate Gefängnis.

Eine russische Bestie. Ein entsetzlicher Mord ereignete sich auf dem Gutshof Schöller bei Opladen. Der Verwalter, mit dem Verteilen der Arbeit an die Leute beschäftigt, hörte plötzlich aus dem Zimmer seiner Schwester laute Schreie und sah, wie ein früher auf dem Hofe beschäftigter russischer Kriegsgesandener aus dem Fenster sprang. Von diesem war dem Mädchen in bestialischer Weise der Hals durchschnitten worden. Der Mörder ist kurz danach gefaßt worden.

Zur Tagesgeschichte.

Preussische Landesversammlung.

Berlin, 22. Okt.

Auf eine Anfrage der Sozialdemokraten über die Nichtbeachtung des Erlasses auf Wegschaffung der Hohenzollernbilder aus Diensträumen erklärt die Regierung, daß gegen Verträge eingeleitet werden soll.

Eine Anfrage wegen Kartoffelversorgung wird dahin beantwortet, es seien keine Höchstpreise in Aussicht genommen, denn ohne Zwangsbewirtschaftung seien sie zwecklos. Es wird aber den Verbänden anheimgegeben, keine Preise über 25 Mark zu vereinbaren. Für eine Konzessionierung des Kartoffelhandels seien Schritte eingeleitet. Bucherische Elemente sollen ausgeschlossen werden.

Auf eine Anfrage wegen der Gemeindebeamtengehälter wird erwidert, es seien Ausführungsbestimmungen ausgearbeitet, die den kommunalen Aufsichtsbehörden in dieser Frage zugehen werden und eine Verringerung der Gemeindebeamten bezwecken.

Es folgt die erste Beratung der Landwirtschaftskammer. Die Vorlage geht an den Landwirtschaftsausschuß. Hierauf wird die zweite Beratung des Haushalts für den Handels- und Gewerbeverwaltung fortgesetzt. — Mittwoch 2 Uhr Fortsetzung.

Eine neue Steuer.

Die Reichsregierung hat außer gesetzgeberischen Maßnahmen zur beschleunigten Einziehung des Notopfers die Einführung einer Vermögenssteuer vom Vermögenszuwachs in Aussicht genommen, um dadurch weitere Verminderung der schwebenden Schuld des Reiches zu erzielen. In Ergänzung dazu wird mitgeteilt, daß die durch das Gesetz vom Juli 1913 eingeführte Vermögenszuwachssteuer mit ihren Sähen in keinem Verhältnis zu den Steuerfällen steht, die jetzt infolge der ungünstigen Finanzlage des Reiches bei allen anderen Steuern gelten. So stellt die Erhöhung der Sätze bei der Vermögenssteuer vom Vermögenszuwachs nur einen aus den veränderten Verhältnissen sich folgerichtig ergebenden Ausbau des Gesetzes von 1913 dar. Da die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs, die als eine einmalige Belastung mit konstatatorischer Wirkung angesehen war, nur den Zuwachs bis zum 30. Juni 1919 umfaßt, so war für die Finanzleitung des Reiches in dem Vermögenszuwachs der folgenden Zeit noch eine weitere Steuerquelle gegeben, deren wirksame Erfassung sie sich jetzt zur Aufgabe gemacht hat. Diese Vermögenssteuer dürfte hinsichtlich ihrer belastenden Wirkung in der Mitte zwischen der Steuer von 1913 und der Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs stehen. Es ist anzunehmen, daß bis zu 30 Prozent des Zuwachses erfasst werden, daß aber, um das Sparen der Kleinkapitalisten und Rentner nicht zu unterbinden, geringe Vermögensvermehrungen bei kleinen Kapitalisten nur mit einer geringen Abgabe belastet werden bzw. hiervon völlig frei bleiben.

Die Dieselmotoren.

Die Frage der von der Entente verlangten Zerstörung der Dieselmotoren droht sich immer mehr nicht nur zu einer Lebensfrage unserer Industrie, sondern auch zu einer Hauptfrage unserer gegenwärtigen Politik auszuweiten. Wir erfahren über die rechtlichen und tatsächlichen Vorgänge:

Die Entente-Kommission in Berlin hatte schon in den ersten Tagen des Oktober beschlossen, die Dieselmotoren zu zerstören. Erst in letzter Stunde gelang es der deutschen Regierung, die Ausführung hinauszuziehen und den Vorschlagsterrat in Paris zu veranlassen, seine Entscheidung aufzuschieben, bis die deutsche Regierung in einer Denkschrift ihre Auffassung in der Frage dargelegt hätte. In diesem Stadium befindet sich auch heute noch die Angelegenheit. Die Denkschrift der deutschen Regierung ist wohl unterdessen in Paris angekommen, und die Entscheidung steht unmittelbar bevor.

Der rechtliche Standpunkt der deutschen Regierung ist durchaus unanfechtbar. Artikel 189 des Friedensvertrages sieht ausdrücklich vor, daß alle aus dem Abbruch von Kriegsschiffen jeder Art herrührenden Maßnahmen zu rein gewerblichen oder Handelszwecken Verwendung finden dürfen. Die Entente-Kommission in Berlin beruft sich bei ihrer Forderung auf Zerstörung auf den Artikel 192, der bestimmt, daß alles Kriegsmaterial, was den augenblicklichen Bedarf der deutschen Flotte übersteigt, an die alliierten Regierungen zur Vernichtung auszuliefern sei. Nun liegt auf der Hand, daß bei dem großen U-Boot-Kampfsystem während des Krieges eine Anzahl Dieselmotoren nicht mehr in die Schiffe eingebaut wurden. Nach Artikel 189 waren diese für gewerbliche Verwendung freigegeben. Sie jetzt nach Artikel 192 als Kriegsmaterial zu betrachten, ist eine durchaus willkürliche Auslegung.

Es muß übrigens hervorgehoben werden, daß die Seele der Forderung auf Zerstörung der Dieselmotoren diesmal das englische Mitglied der Entente-Kommission, Admiral Charlton, ist. Das Verlangen Englands beruht um so unerwiderter, wenn man erfährt, daß gleichzeitig eine englische Firma sechs Dieselmotoren, die aus deutschen Unterseeböden stammen, in Deutschland zum Verkauf angeboten hat. Es ist sonach ganz klar, daß in dem Verlangen der militärischen Entente-Kommission eine ganz zwecklose Schikane erblickt werden muß, von der hoffentlich die Leitung der Politik in Paris und London noch in letzter Stunde abhält.

Zu dem Verlangen der Entente, daß die bei uns vorhandenen schnelllaufenden Dieselmotoren als Kriegsmaterial zerstört werden müssen, hat die Zentrumsfraktion eine Anfrage im Reichstag eingebracht, in der auf die Gefahren, die sich aus diesem Entente-Verlangen ergeben, hingewiesen wird.

Der Vorsitzende der interalliierten Marinekontrollkommission erklärte laut „Deutscher Allgemeiner Zeitung“ dem „Vorwärtigen“, daß die Meldung, die alliierten Mächte beschlagnahmten, nicht nur die vorhandenen schnelllaufenden Dieselmotoren zu zerstören, sondern auch die Dieselmotorenindustrie durch ein latentes Verbot vollständig zu vernichten, nicht den Tatsachen entspricht.

Minister Dr. Hermes.

Auf Beschluß des Reichskabinetts beauftragte der Reichskanzler am 16. Oktober den Reichsjustizminister und den Reichsfinanzminister, die Rechtslage hinsichtlich der gegen die Person des Reichsernährungsministers und seine Geschäftsführung erhobenen Vorwürfe festzustellen. Die Minister schlossen ihre Prüfung ab und auf Grund ihres Berichtes kam das Kabinett einstimmig zu dem Ergebnis, daß die persönliche Ehrenhaftigkeit des Ministers außer allem Zweifel steht.

Verein deutscher Zeitungsverleger.

Der Verein deutscher Zeitungsverleger hielt in Hannover seine diesjährige Hauptversammlung ab. Die Aussprache ergab ein Bild von noch nie dagewesenen Sorgen und Schwierigkeiten, womit die Presse zu kämpfen hat. In eindringlicher Weise zeigte sich dabei der Kreislauf, der bei den wirtschaftlichen Schwierigkeiten und den verschiedenartigen Beschränkungen der Pressefreiheit beginnt und in eine allgemeine wirtschaftliche Schädigung und Verhinderung des Wiederaufbaues an vielen wichtigen Stellen ausmündet; so sei nur auf die Einwirkung der Presse auf den Auslandsdienst hingewiesen. Aus den Verhandlungen ergab sich die Erkenntnis, daß auch weiterhin im Zeitungs-gewerbe mit einer großen Unsicherheit zu rechnen ist. Es wurde jedoch betont, daß der Verein deutscher Zeitungsverleger den Grundsatz festhalte, die Pflicht der Mitarbeit am öffentlichen Leben stets voranzustellen, dadurch, daß die Herausgeber der deutschen Zeitungen es ablehnen, reine Profitunternehmen zu betreiben, gehen sie sich ihre Stellung im öffentlichen Leben; dieser Geist habe die deutsche Verlegerenschaft von jeher beherrscht. Insbesondere gedachte man auch der oft hart bedrängten Berufsangehörigen und der Gefährdung der Pressefreiheit in den besetzten Gebieten. Einstimmig wurde eine Entschlüsselung angenommen, die vor aller Welt feststellt, daß das unantastbare Recht der freien Meinungsäußerung und das Recht, sich reslos für das Deutschland in den besetzten Gebieten einzusetzen, den Zeitungsverlegern in den besetzten Gebieten gesichert, wenn nicht genommen ist, und die Regierung aufgefordert, in entschiedener Weise gegen diese Beschränkung Einspruch zu erheben.

Danzig.

Zu Beginn der Freitagssitzung der verfassunggebenden Versammlung gab der erste Vizepräsident, Abg. Nahn von der unabhängigen sozialdemokratischen Fraktion, folgendes Schreiben der alliierten Verwaltung an Danzig bekannt:

Nach den Vorlesungen vom 20. Oktober in der verfassunggebenden Versammlung, sehe ich mich genötigt, die verfassunggebende Versammlung vorläufig zu vertagen. Dem Präsidenten der verfassunggebenden Versammlung bleibt es überlassen im Einvernehmen mit mir die verfassunggebende Versammlung wieder zusammenzurufen, wenn es nötig sein wird.

Hierauf erklärte der Vizepräsident, da er verpflichtet sei, die Rechte des Hauses zu wahren, habe er keine Veranlassung, die Versammlung ohne weiteres zu vertagen, sondern stelle dieses dem Hause anheim. Sodann gab im Auftrage der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Abg. Nahn eine Erklärung ab, worin er zunächst die Schuld an den Vorgängen vom 20. Oktober der rechten Seite des Hauses zuschob und dagegen protestierte, daß nunmehr, angesichts mehrerer für die Allgemeinheit wichtiger Beratungsgegenstände die rechte Seite des Hauses sich mit der fremden alliierten Verwaltung in Verbindung setze und mit Hilfe des Vertreters des Oberkommissars versuche, das Haus zu machen. Gegen die Vergeßlichkeit des Hauses, die einen Staatsstreik darstelle müsse protestiert werden. Im Auftrage der Mehrheitssozialistischen Partei gab der Abgeordnete Bing eine Erklärung ab, worin er gegen die heutige Vertagung scharfsten Protest einlegte. Schließlich gab der Vertreter der polnischen Delegation, v. Panski, eine Erklärung ab, dahin ausgehend, daß der Vertreter des Oberkommissars die Macht habe, und dieser benutze sich die polnische Delegation. — Die Sitzung wurde dann geschlossen.

Rittis Kampf um die Menschlichkeit.

Rittis setzt immer noch die in der ausländischen und italienischen Presse eingeleitete Kampagne zu Gunsten Deutschlands fort und veröffentlicht einen dritten Artikel unter dem Titel: „Die Sicherheit Europas.“ Er weist darin nochmals auf den unberechtigten Frieden und die Demütigungen hin, welche Deutschland auferlegt wurden. Deutschland habe vergeblich versucht, durch unwillkürliche Dokumente zu beweisen, daß es die von der Entente gestellten Forderungen nicht erfüllen könne. Diese beharre aber trotzdem auf ihren Forderungen einem Lande gegenüber, das man seiner Kolonien beraubt habe und das man in einer Weise kontrolliere, die es dazu zwingt, ohne guten Willen zu arbeiten. Rittis fügt bei, daß die Zustände in den besetzten Staaten auf die Sieger zurückgreifen und die militärische Macht der Entente beeinträchtigen, deren sie bedarf, um ihre Vermundschaft über Deutschland aufrecht zu erhalten.

Staatsstreich in Venezuela.

Die telegraphischen Meldungen aus Willemsstadt auf Curaçao über einen Staatsstreich des früheren Vizepräsidenten Castro von Venezuela werden bestätigt. Castro ist wieder in Venezuela erschienen, um den jetzigen Präsidenten, General Gomez, zu Fall zu bringen. Letzterer hat in einem Aufruf um die Hilfe des ganzen Landes ersucht, um Castro fernzuhalten.

Die Blätter berichten weiter, daß Castro in der Nähe der kolumbianischen Grenze einige Erfolge gehabt hat, wo er in der Provinz Andes die Macht vollkommen in Händen habe. In Zacharia seien die Generale Benalosa und Blanco de Arenas der Lave. Präsident Gomez trete in Caracas sehr streng auf. Das Fort San Carlos sei voll von politischen Gefangenen.

Irland.

Mittwoch um Mitternacht verlor der Lordmavor von Corl nach einem Delirium das Bewußtsein. Während er sich in diesem Zustande befand, führten ihm die Ärzte Fleischbrühe und Brantwein zu. Im Unterbaue darüber befragt, erklärte der Minister des Innern, daß die Ärzte ihm von Zeit zu Zeit aus Barmherzigkeit und in seinem eigenen Interesse Medikamente eingaben.

Zur Brotversorgung.

Zur Brotversorgung wird uns von zuständiger Seite mitgeteilt: Durch Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 14. Oktober 1920 über die Verteilung von Backwaren sind die Vorschriften aus den ersten Kriegsjahren über die Brotverteilung den heutigen Verhältnissen angepaßt worden. Mufte früher die Verwendung von Weizenmehl bei der Brotbereitung stark beschränkt werden, so wird jetzt aus dem Auslandsgetreide, das in der Hauptsache aus Weizen besteht, mehr Weizenmehl für das Brot verfügbar sein. In Verbindung damit ist die Verwendung von Streckungsmehlen geregelt und im Hinblick auf den größeren Weizenverbrauch durch die am 16. Oktober einsetzende niedrige Ausmahlung eine mäßige allgemeine Streckung des Brotes zur Ersparung von Auslandsgetreide, dessen Einfuhr Deutschland Milliarden kosten, vorgesehen. Die neue Verordnung ordnet eine Streckung in Höhe von 10 Prozent an; den Landesbehörden ist darüber hinaus die Möglichkeit gegeben, die Verwendung von mehr als 10 Prozent strecken Streckungsmittel im Falle einer besonderen Notlage vorzuschreiben; bei Verwendung von mehr als 20 Prozent Streckungsmittel bedarf es jedoch der Zustimmung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft.

Die Verwendung von Streckungsmitteln für die Verteilung von Brot und kleinem Gebäck muß ganz allgemein, d. h. für alle Kommunalverbände erfolgen. Die große Verschiedenheit in der Brotbeschaffung hat mit Recht vielfach Mißstimmung erregt. Es erschien daher künftig nicht mehr angängig, daß nur die von der Reichsregierung mit Weizenmehl zu versorgenden Kommunalverbände Streckungsmehle verwenden, während in den selbstwirtschaftenden Kommunalverbänden Gebäck aus unvermischtem Weizenmehl hergestellt wird. Als Streckungsmittel, mit deren Hilfe einwandfreies Gebäck hergestellt werden kann, kommen niedrig ausgemalenes Weizenmehl, ein gering ausgemalenes und daher spezialfreies durch besondere Verarbeitung entkörntes (präpariertes) Hafermehl und in geringem Umfange etwas Weizenmehl in Betracht. Geeignete Streckungsmittel sind auch Frischkartoffeln und Kartoffelerzeugnisse; da jedoch zurzeit noch nicht feststeht, ob und in welchem Umfange sie für die Brotstreckung zur Verfügung stehen, ist eine Zulassung ihrer Verwendung als Streckungsmittel und die Festsetzung der Höhe der Gewichtsteile, in der ihre Verwendung stattfinden kann, dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft vorbehalten worden. Er kann im Wege der Ausnahmegerückung die Verwendung auch anderer als der vorstehend genannten Streckungsmittel zulassen. Hervorgehoben sei noch, daß die Abgabe von Brot an die Verbraucher außer von Weizen und Kleingebäck entsprechend den bisherigen Vorschriften erst für den dem Herstellungsgute folgenden Tag zugelassen ist. Zur Überwachung der Befolgung dieser Vorschrift muß das Brot mit dem Tagesstempel versehen werden.

Der Streik in England.

Nachdem Lloyd George im Parlament die Gelegenheit zum Einlenken hat verschlafen, ist die Lage nun noch durch ein bis Sonntag befristetes Ultimatum der Eisenbahner, denen die Transportarbeiter sich anschließen würden, für beide Teile erschwert. Das Ultimatum pläzt in die Vorbereitungen hinein, die Lloyd George als aussichtsreich bezeichnete. Der Arbeiterführer Thomas fühlt sich offenbar gedrängt durch die wachsende Arbeitslosigkeit als Streikfolge. Lloyd George begründet die Verschleppung mit der Notwendigkeit, erst das Terrain erforschen zu müssen, damit die in Aussicht stehende Konferenz nicht ergebnislos verlaufe. Eine Annäherung ist infolgedessen festzustellen, als die Regierung sich bereit zeigt, die zwei Schillinge zu bewilligen, wenn der Lohn in Beziehung zur Förderung gebracht wird, während die Bergleute bereit sind, auf der Pasis einer Kooperation die Förderung zu garantieren, wenn die Bergwerksbesitzer gleichfalls die Garantie übernehmen. Emillie erklärt, wenn die Lohnfrage geregelt sei, könne eine solche Kooperation innerhalb fünf Monaten die Förderung auf zwanzig Millionen Tonnen erhöhen.

Die Hauptfrage ist nunmehr, ob der Konflikt auf die Lohnangelegenheit der Bergleute beschränkt bleibt, oder durch eine Verschleppung sich zur politischen Machtprobe der gesamten Arbeiterschaft ausweitet.

Wie aus Paris gemeldet wird, ist mit dem Ausbruch eines Sympathiestreiks der französischen Bergarbeiter mit den englischen Kohlenarbeitern zu rechnen. Eine gewisse Unruhe sei namentlich im Kohlenbeden der Loire zu verzeichnen, wo die Bergleute eine Erhöhung ihrer Löhne um vier bis fünf Franken täglich fordern. Es soll eine kurze Frist gestellt werden, und wenn sich die Leitung der Gesellschaft weigern würde, den Forderungen nachzukommen, würde der Streik der Bergarbeiter im Loire-Becken sofort erklärt werden, dessen weitere Ausbreitung auf die französischen Gruben ernstlich befürchtet wird.

Aus Nassau und Umgebung.

Nassau, den 22. Oktober 1920.

— **Fahrtansweise im besetzten Gebiet.** Die Rheinlands-Kommission hat durch eine Verordnung (51) zur Änderung der Verordnung Nr. 6 über die Zuständigkeit der Feldbahnkommission bestimmt, daß die Fahrtansweise der Militär- und Zivilpersonen, die sich in den den Besatzungsstruppen vorbehaltenen Wagen und Abteilen befinden, von den Militärbehörden, die Fahrtansweise aller übrigen Reisenden von den Eisenbahnbeamten nachzuprüfen sind. Die militärischen Behörden haben übrigens auch die Befugnis, die Fahrtansweise aller im Zuge befindlichen Militärpersonen nachzuprüfen und ebenso sind die Eisenbahnbeamten berechtigt, sich die Fahrtansweise der in den den Besatzungsstruppen vorbehaltenen Abteilen befindlichen Zivilpersonen vorzeigen zu lassen.

— **Achtung, Pässe bei sich führen!** Schon des öfteren ist in den Tagesblättern des besetzten und des unbefetzten Gebietes darauf aufmerksam gemacht worden, bei Reisen oder Wanderungen besonders in der Grenzgegend der besetzten Zone Pässe mitzuführen. Immer jedoch wird noch dagegen gesehrt. So hatten sich vor dem Militärpolizeigebiet Wiesbaden d. St. 16 Einwohner aus Frankfurt a. M., sowie weitere 13 Personen aus Berlin, Potsdam, Erbach i. O., Soden a. T., Wassenhain, Schierstein und Wiesbaden zu verantworten. Sie wurden in Wiesbaden bis zu 100 Mark genommen.

— Gewerbliche Brennstoffmeldung. Die Preussische Kohlenwirtschaftsstelle Frankfurt a. M. teilt mit: In der jüngsten Zeit mehren sich die Fälle, daß die Zuhörer mündlicher Brennstoffe, wie Baschberge, Kohlengrüß, Kohlenstamm, Stollenkohlen u. von den gewerblichen Verbrauchern — zum Teil wohl aus Unkenntnis der Meldebefestimmungen — in der Meldeart nicht aufgeführt werden. Die Preussische Kohlenwirtschaftsstelle sieht sich daher gezwungen, die Verbraucherkreise nochmals auf die Bekanntmachung des Reichskommissars betreffend Belieferung und Meldepflicht der gewerblichen Verbraucher von mindestens 10 Tonnen Kohlen, Koks und Bricketts monatlich hinzuweisen. Zu melden sind alle im Bergbaubetrieb gewonnenen einheimischen wie eingeführten Kohlen und die daraus hergestellten Verkohlungs-, Brickettierungs- oder sonstigen festen Erzeugnisse, einschließlich brennbarer fester Abfallerzeugnisse jeglicher Art, wie Schlammkohlen, Koksgruß, Generator-Rückstände, Schlacke, Rauchhammer-Röste und dergl., sei es, daß sie aus dem Bergbaubetrieb oder aus anderen Quellen stammen, auch ist es gleichgültig für welche Zwecke sie verwendet werden und ob die Zuführung im Landabfuhr, Wasser- oder Bahnweg erfolgt. — Die genaueste Beachtung dieser Bestimmung ist im Interesse der Verbraucher dringend geboten, da die Verträge bei Nichtbefolgung, abgesehen von den Strafbestimmungen des § 16 der genannten Bekanntmachung von jeglicher Brennstoffzufuhr gesperrt werden.

Gewerbeverein. Am 19. Oktober fand eine Versammlung des Lokalgewerbevereins im Hotel III statt. Es waren anwesend 24 Mitglieder und 8 Herren des Emser Vereins als Gäste. Der Vorsitzende Herr Arthur Müller eröffnete die Versammlung mit Begrüßungsworten. Vor Abwählung der Tagesordnung schlägt der Vorsitzende vor, Herrn Bürgermeister Hasenclever für seine vielfachen Verdienste für das Ortsanständige Handwerk und um den hiesigen Lokalgewerbeverein zum Ehrenmitgliede zu ernennen. Dieser Vorschlag wird einstimmig angenommen und der Vorstand mit der weiteren Erledigung beauftragt. Von den selbständigen Handwerkern ist überall, so auch hier in letzter Zeit erheblich Beschwerde geführt worden, über die Tätigkeit sogenannter wilder Arbeiter. Der Vorstand gibt bekannt, daß er sich in einer Eingabe an die Handwerkskammer und an den Zentralvorstand des Gewerbevereins in dieser Angelegenheit gewandt hat. Weiter wird beschlossen, Arbeiter, welche nach Schluß ihrer Arbeitszeit weiterhin selbständige Arbeiten ausführen, der Gewerkschaft anzugehen, weiter sollen solche Schädlinge der Steuerbehörde fortgesetzt namhaft gemacht werden. Nachdem Herr Spenglermeister Krämer das Amt des Meistervorsitzenden im Prüfungsausschuß für Spengler und Installateure niedergelegt hat, und ein anderes geeignetes Mitglied zurzeit nicht vorhanden ist, wird beschlossen, die Stelle einige Zeit unbesetzt zu lassen. Prüflinge sollen vorkommendenfalls ausnahmsweise in Ems geprüft werden.

Anschließend berichtete der Vorsitzende des Lokalgewerbevereins Bad Ems, Herr Ingenieur Meier, eingehend über den Nassauischen Handwerkertag, der anfangs Septbr. in Limburg stattfand. Es ist dort von vielen Vertretern der Antrag gestellt worden, daß dieser kleine Verband, der doch nur eine Zersplitterung der Interessen für Handwerk u. Gewerbe bedeute, sich an den größeren Nassauischen Gewerbeverein anschließen möchte. Es ist zu hoffen, daß dieses gelingt. Anschließend hieran berichtete ausführlich Herr Schreinermeister Georg Müller-Bad Ems über den Reichsverband für Handel und Gewerbe in Jena. Das Handwerk und Gewerbe, das früher in vielen Verbänden nebeneinander arbeitete, womöglich noch bekämpfte, sei nunmehr im ganzen Deutschen Reich geeinigt und im Reichsverband und dementsprechend auch im Reichswirtschaftsrat vertreten. Die Tagung in Jena habe gezeigt, daß das Handwerk noch lebt und gewillt ist sich den Platz zu erringen in unserem Deutschen Vaterlande, der ihm gebührt. Er habe 1 1/2 Millionen selbständige Betriebe und gibt 11 Millionen Menschen Unterhalt. Eine große Anzahl Vertreter der Reichsbehörden, der Einzelstaaten, Reichs- und Landtagsabgeordneten und von Kommunalbehörden waren bei obigen Verhandlungen anwesend und beteiligten sich wiederholt an den Debatten. Durch die politische Umwälzung sei das Handwerk in wirtschaftlicher und politischer Beziehung in den Hintergrund gedrängt worden. Erst die Gründung des Reichsverbandes habe Wandel geschaffen, das habe sich bei den Wahlen gezeigt so, daß jetzt das Handwerk und Gewerbe in allen Körperschaften vertreten ist, denen ein Einfluß auf die Neugestaltung der Wirtschaftsverfassung und der Politik zusteht. Noch sei die wirtschaftliche und sozialpolitische Umwälzung nicht überwunden, sie komme zum Ausdruck in den vielen gefühlvollen Neuarbeiten und bedürfe es der gespanntesten Aufmerksamkeit der Berufsvertretungen. Betr. der Rohstoffversorgung habe es sich herausgestellt, daß Handwerk und Handel aufeinander angewiesen sind, indem die wirtschaftliche Selbständigkeit gleich stark bedroht sei. Auch die Kommunalisierung und Sozialisierung müsse sehr ernst genommen werden, es müßten viele Sicherungen für das Handwerk und Gewerbe in den Gesetzentwurf hineingearbeitet werden, auch sei nach den bisherigen Erfahrungen durch Sozialisierungen eine Steigerung der Produktion nicht zu erwarten, wie es bei der Eisenbahn und Post sich zeigte. Ferner müsse der Handwerker sich politisch betätigen, um geschlossen gegen die Weltanschauung Stellung zu nehmen. Des weiteren wurde betont, daß im Geiste der Verfassung eine Form gefunden werden müsse, die eine Zusammenarbeit zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern ermöglichen. Zum fachlichen Ausbau des Handwerks wurde die Pflichtzugehörigkeit zu einer Organisation gefordert. Zu der Lehrlingsfrage wurde entschieden Stellung genommen gegen die fortwährend willkürlichen Eingriffe aller möglichen Instanzen in der Ausbildung und Schulunterricht sowie der Erziehungsfrage. Es wurde dann noch gegen die Zwangsversicherung des selbständigen Handwerks und Gewerbes und deren Einbeziehung in die Ortskrankenkassen Stellung genommen. — Nach diesen beiden Referaten folgte eine lebhafte Aussprache ein, in welcher hauptsächlich der Gedanke vorherrschte, daß nur ein geschlossenes Ganzes dem Handwerk und Gewerbe dienlich sein könne. Die Emser Gäste gaben an Hand ihrer Erfahrungen handwerkliche Anregungen und empfahlen den Zusammenschluß aller Fachgruppen in Nassau, wie sie es auch in Bad Ems getan hätten. Seit dieser Zeit sei eine Einigkeit in den einzelnen Fachgruppen herbeigeführt und auch Erzieherisches geleistet worden. Die Anregungen der Gäste fielen auf fruchtbaren Boden und wird der hiesige Verein dementsprechende Schritte vorbereiten.

Schulpersonalien. Herr Friedr. Höreth ist von der Vertretungsstellen Vernehmung einer Schulleitung in Nassau entlassen. Herr Lehrer Günther aus Döberle in Schlesien ist zum 1. November hierher versetzt.

Der neue Bürgermeister der Stadt Nassau. Herr Dr. Schölgen, hat die Wahl angenommen und wird voraussichtlich Mitte November sein Amt antreten.

Zucker. Wie uns bekannt gegeben wird, erfahren ab 1. November 1920 die Preise für rationierten Zucker eine wesentliche Erhöhung. Der Preis ist auf 3,60 Mark für ein Pfund festgesetzt worden.

Kartoffelaufbewahrungskassen. In der Wagnerei Wilh. Kurz steht ein Kartoffelaufbewahrungskasten zur Ansicht ausgestellt, der auch in hiesigen Kreisen große Verbreitung finden dürfte. Derselbe ist zum Auseinandernehmen gearbeitet und liegen die Kartoffel luftig von allen Seiten. Durch angebrachte Türchen und schiefer Boden ist ein bequemes Einfüllen möglich. Es lohnt sich deshalb denselben anzusehen.

Sport. Bei dem gestrigen Verbandswettkampf auf dem hiesigen Sportplatz „Brühl“ siegte die 1. Mannschaft der hiesigen Turn- und Sportgemeinde „Nassovia“ über die gleiche Mannschaft der Sportgemeinde Diez mit 1:0 Toren.

Im Interesse der vielen Bruchleidenden sei an dieser Stelle nochmal ganz besonders auf das Inserat des Herrn Ph. Steuer Sohn in heutiger Nummer hingewiesen.

Aufruf!

Die Abstimmung in Oberschlesien steht in Kürze bevor. Bei der großen Bedeutung, die das kohlen- und erzeiche Oberschlesien für das gesamte deutsche Wirtschaftsleben und den Weltmarkt hat, ist es eine heilige vaterländische Pflicht jedes Oberschlesiers, seine Stimme für Deutschland abzugeben. Diese Stimmenabgabe hat am Geburtsort zu erfolgen. Alle im Kreise wohnenden Oberschlesier werden dringend gebeten, sich sofort an die vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier, Bezirksgruppe Nassau in Limburg a. d. L., Walderdorferhof zu wenden, von wo aus für die Reise, Verpflegung, Unterkunft und Ausrüstung der Stimmberechtigten gesorgt werden wird.

Da für alle diese Anforderungen öffentliche Mittel nicht zur Verfügung gestellt werden dürfen, hat sich in ganz Deutschland eine Hilfe organisiert, um diese wichtige vaterländische Aufgabe durch opferwillige Geldspenden zu unterstützen. Auch im Kreise Unterlahn soll eine freiwillige Sammlung veranstaltet werden. Die Magistrate der Städte und die Herren Bürgermeister der Landgemeinden des Kreises bitte ich, diese Sammlung sofort in die Wege zu leiten und mir das Ergebnis bis zum 1. November ds. Js. mitzuteilen. Ich habe die Zuversicht, daß sich die Bevölkerung des Kreises freudig an dieser großen vaterländischen Hilfsaktion beteiligen wird.

Diez, den 19. Oktober 1920.

Der Landrat. J. V.: Scheuern.

Bekanntmachung.

Alle bereits abgestorbenen Obstbäume, die dünnen Äste und Aststumpfen, sowie Misteln an Obstbäumen sowohl in Gärten als in Feldern, sind bis Ende März 1921 zu entfernen. Das dürre Holz ist alsbald wegzuräumen oder an Ort und Stelle zu verbrennen.

Nassau, 21. Oktober 1920.

Die Polizei-Verwaltung:

J. V.: Unverzagt, Beigeordneter.

Bekanntmachung.

Es kommen am Mittwoch, den 27. Oktober cr., vormittags um 11 1/2 Uhr, am Spriehaus 2 Tannen- und 2 Eichenstämme zur Versteigerung.

Nassau, den 25. Oktober 1920.

Der Magistrat: Unverzagt, Beigeordneter.

Einladung zur Gründung eines Volksbildungvereins.

In der Stadt zirkuliert eine Liste zur Einzeichnung der Mitgliedschaft für einen hier zu gründenden Volksbildungsverein. Zur Aufklärung über Zweck und Ziele des Vereins, sowie zur Bildung des geschäftsführenden Vorstandes pp. wird hierdurch auf Dienstag, den 26. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in das Gasthaus „Zur Krone“ eingeladen.

Sofern bei Vorlage der Liste Personen übergangen worden sind, sei es infolge zufälliger Abwesenheit oder aus anderen Gründen, kann Einschreibung immer noch stattfinden.

Nassau, den 23. Oktober 1920.

Im Auftrage: Unverzagt, Beigeordneter.

Für die vielen Aufmerksamkeiten und Geschenke anlässlich unserer silbernen Hochzeit danken herzlich

Daniel Künzler und Frau.

Für die überaus zahlreichen Glückwünsche und Geschenke anlässlich unserer Vermählung sagen herzlichsten Dank

Wilhelm Wild und Frau

Lulise, geb. Wallrabenstein

Nassau, 24. Okt. 1920

Für die überaus zahlreichen Glückwünsche und Geschenke anlässlich ihrer Vermählung danken herzlich

Karl Drowe und Frau

Gustel, geb. Rau

Bergn.-Scheuern, 23. Okt. 1920

Beamtenverein.

Dienstag 4 Uhr Ausgabe der bestellten Fische und Entgegennahme der Bestellung für nächste Woche.

Mittwoch 1 Uhr Ausgabe des bestellten Weiskrauts und Annahme von Bestellungen auf Rothkraut u. Gelberüben.

Kriegsbeschädigte! Ausgabe des bestellten Weiskrauts Mittwoch 1 Uhr bei Wacker.

Preiswert!

Entzückende Blumenstoffe, gute Qual., Meter Mk. 28, 32, 35, 50

Karrierte Stoffe, schwarz-weiß u. farbig, Meter Mk. 28, 35, 45, 50

Gabardin u. Cheviot f. Mäntel u. Jackenkleider, 130 br., m. Mk. 85, 98, 115, 125, 150

Mantelstoffe, schwarz, blau und farbig, Meter Mk. 68, 80, 110, 125, 150

Herrenstoffe, schwarz, blau und farbig, Meter Mk. 78, 90, 120, u. höher

Blusenflanelle, schöne Muster, Meter Mk. 23, 24, 25

Kirchstr. 2 Goldschmidt Kirchstr. 2

Kaufhaus J. Schmidt Bad Ems.

Große Auswahl preiswerter Damenkonfektion!

Reinwoll. Cheviots u. Gabardines 110-140 Ctm. breit, Mk. 175, 125, 115, 95,-

Moderne Streifen und Karos für Blusen und Kinderkleider Mk. 45, 35, 29, 25,-

Damen-Paletots hellfarbig u. mod. Karos Mk. 875, 575, 475, 425,-

Damen-Paletots schw. u. farbig, schw. Wint. Stoffe Mk. 375, 275, 175, 125,-

Damen-Kostüme reinwollene Stoffe, Jacken ganz auf Seidenfutter Mk. 875, 675, 575, 425,-

Kindermäntel einfarbig und gemusterte Stoffe, Mk. 175, 125, 75,-

Kostümröcke schwere haltbare Winterstoffe, Mk. 250, 175, 125, 95, 68,-

Woll. Strickjacken moderne Farben Mk. 550, 450, 375, 225,-

Damenblusen moderne Winterstoffe Mk. 175, 125, 95, 65,-

Wollene Strickblusen Mk. 85, 75, 65, 55,-

Offertiere einen Posten reinwollenes schwarzes Strickgarn 10 Lot (per Strang) Mk. 15,50

Goldschmidt, Kirchstr. 2.

Gesucht Aushilfe einige Stund. vorm. v. Marzfall.

Neu eingetroffen!

Herrentiefel braun Borkalf 270,-

Roh-Chevreau 195,-

Rindboz 185,-

i. gut. Qual. 180,-

Rindleder, genarbt 165,-

Damenschürstiefel Roh-Chevreau, 1. Qual. 195,-

Hochschaffstiefel m. Lackkappen 169,-

Rindboz 169,-

gew. Höhe, flach. Absatz 165,-

Damenhalbschuhe Roh-Chevreau 135,-

Rindboz, solid dauerh. 125,-

Spangenschuhe 115,-

Rindleder-Schnürstiefel 155,-

Halbschuhe 135,-

Anabenstiefel Rindleder, Gr. 29-39, von 100,- 150,-

Rindboz, Gr. 27-30 120,-

Anaben-Verby, Gr. 36-39 155,-

Sämtliche Schuhwaren in guter Qualität und Form.

Schuhwaren Wilh. Degenhardt, Nassau-Lahn, Emserstr. 9, Eigene Reparatur-Werkstätte.

Vorzügliche Qualitätszigarren von

60

Pfg. an Für Wiederverkäufer hoher Rabatt

Busse & Scheuern Magdeburg — Bonn Filiale: NASSAU — Lahn Kettenbrückstr. 17

Vereinsnachrichten.

Turngemeinde Nassau.

Jeden Dienstag und Freitag

abend Turnstunde.

Turn-Verein Bergnassau-

Scheuern. Mittwoch und

Freitag ab 8.30 Uhr: Turn-

stunde.

M.B.B. „Fiederkranz“.

Mittwoch ab 8 Uhr: Ge-

sangstunde. Vollständiges und

pünktliches Erscheinen wird

erwartet.

Ein offener Briefumschlag

mit N. 152, - Inhalt v. Villa

Devora durch die Schulstraße

nach d. Raltbachstraße verloren.

Finder wird gegen gute Be-

lohnung um Abgabe in d. Be-

schäftsstelle gebeten.

Gerichtszeitung.

Ein Kommunisten-Prozess.

Ein kommunistischer Anschlag auf einen Eisenbahnzug bildet den Gegenstand eines vor dem Schwurgericht des Landgerichts Berlin 1 beginnenden Prozesses, der voraussichtlich mehrere Tage dauern wird. Unter der Anklage des gemeinschaftlichen Mordes und der gemeinschaftlichen Gefährdung eines Eisenbahntransports haben sich der Schneider Max Kornay, der Maschinenarbeiter Fr. Schilke und der Tischler Kloboff zu verantworten. Der Anschlag liegt folgender Sachverhalt zugrunde: Der am 13. März erfolgte Kapp-Putsch hatte bekanntlich die Proklamation des Generalstreikes zur Folge. Dieser wurde jedoch schon am 20. März für beendet erklärt, nachdem die Eisenbahner schon am 17. März den Dienst wieder aufgenommen hatten. Einige linksradikale Organisationen versuchten jedoch den Streik weiter zu treiben und bedienten sich dabei sehr terroristischer Mittel. So wurde auf fahrende Züge geschossen, um die Eisenbahner zu zwingen, ihren Dienst im Stiche zu lassen. Ein derartiger Vorfall liegt auch der Anklage zugrunde. Als am 23. März gegen 1 Uhr mittags ein von dem Lokomotivführer Reichmuth und dem Heizer Alusch geführter Ringbahnzug den Bahnhof Gesundbrunnen verlassen hatte, wurde von der Brücke herunter ein förmliches Schnellfeuer aus Gewehren und Revolvern auf die Lokomotive eröffnet. Wie der Schicksalsschicksalige feststellte, war die Lokomotive von sieben Geschossen, darunter mehreren Infanteriegeschossen getroffen worden. Reichmuth und Alusch nahmen sofort Deckung. Gleich darauf erfolgte eine zweite Salve, und Reichmuth brach zusammen. Alusch führte den Zug bis zur nächsten Haltestelle wo Reichmuth bereits tot war. Die Obduktion ergab einen Herzschuß. Die sofort einsetzenden Ermittlungen führten zu der Verhaftung der drei Angeklagten. Kornay hatte unmittelbar nach der Tat sämtliche Photographien verbrannt, sich den Bart abnehmen lassen und war zunächst nach Leipzig und dann nach Memel geflüchtet, wo er bei seinen politischen Freunden Unterschlupf fand. Er wurde schließlich in Hannover verhaftet.

Humoristisches.

Das Telegramm. Sollte ich nicht rechtzeitig zum Essen beimkommen, so schicke ich dir ein Telegramm, liebe Frau. — Danke, nicht nötig. Ich habe es schon gelesen, als ich es in deiner Manteltasche fand. —

Kleine Chronik.

Der Winterfahrplan tritt am 24. Oktober in Kraft. Im besetzten Gebiet gibt auf Bestimmung der Entente die westeuropäische, im übrigen Deutschland die mitteleuropäische Zeit. Der Uebergang erfolgt in der Nacht von Samstag auf Sonntag um 12 Uhr nachts und zwar wird der 23. Oktober 25. Stunden haben. Die Eisenbahnfahrten werden im besetzten Gebiet um 12 Uhr wieder auf 11 Uhr nachts zurückgestellt.

Aufklärung der Leichenjüde in der Spree. Wie wir seinerzeit berichteten, wurden in der Spree mehrere Leichenenteile gefunden, die die Kriminalpolizei vor eine besonders schwierige Aufgabe stellten. Der Täter hatte die Leiche so zerlegt und zerstückelt, daß eine Feststellung der Persönlichkeit des Toten fast unmöglich erschien. Aus den bisher aufgefundenen Leichenteilen war kaum zu bestimmen, ob es sich um eine männliche oder weibliche Person handelt. Der letzte Fund, bei dem, wie berichtet, auch eine abgetrennte Hand lag, brachte eine weitere Aufklärung. Die Finger der Hand wurden ballistisch untersucht, und so gelang es, die Persönlichkeit der Toten festzustellen. Es ist dies ein neuer großer Erfolg vorzüglich eingerichteten Erkennungsdienstes der Kriminalpolizei. Die Leiche ist eine 33 Jahre alte, aus Dresden stammende Frieda Schubert, die in der Friedensstraße wohnte. Ein Kriminalkommissar, der mit der weiteren Aufklärung des neuen Kapitalverbrechens beauftragt ist, stellte fest, daß es sich um ein Straßennäbchen, das seit Samstag abend voriger Woche aus seiner Wohnung spurlos verschwunden ist, handelt. Wahrscheinlich ist das Verbrechen bereits in der Nacht vom vergangenen Samstag zum Sonntag verübt worden. Es liegt wahrscheinlich ein sadistischer Mord vor. Die Zerstückelung der Leiche muß unbedingt in einer Privatwohnung vorgenommen worden sein. Zur Verpackung der einzelnen Leichenteile hat der Mörder braunes Packpapier und starken, mehrmals geflochtenen Hanfschnurband benutzt.

40 Millionen Franken gewonnen. Ein geradezu märchenhaftes Spielglück begleitet einen reichen kubanischen Zuckerplantagenbesitzer, Hannibal de Mesa, von einem französischen Badeort zum andern. Schon im vorigen Monat gewann er während der großen Sportwoche in Deauville 3 500 000 Franken im Kasarot. Nach dem damals sein fabelhaftes Glück viel Aufsehen, so hört man jetzt, daß de Mesa an den Kasarotischen von Biarritz die kolossale Summe von 30 Millionen Franken eingeheimst hat. In Argles-Pains erleichterte er zwischen dem das Kasino um annähernd zehn Millionen, so daß seine gesamte Beute vierzig Millionen erheblich übersteigt. Er hält überall selbst offene Bank und erklärt, je höher das Spiel sei, um so klarer und freier fühle er sich geistig. Aber sein Siegeszug ist natürlich mit Opfern bedeckt und er läßt überall vermiedene Existenzen zurück.

Tabakerzeugnisse ohne Steuerzeichen. Im Handel sind vielfach noch tabaksteuerpflichtige Erzeugnisse vorhanden, die nicht mit den erforderlichen Steuerzeichen versehen sind. Vom 1. Dezember 1920 ab werden alle Tabakerzeugnisse in Verkaufsstätten, die nicht mit den erforderlichen Steuerzeichen versehen sind, beschlagnahmt und die Besitzer haben strenge Bestrafung zu gewärtigen.

Die ausgewiesenen Mainzer Lehrer. Eine kurze amtliche Meldung aus Darmstadt besagt, daß von den sieben Mainzer Lehrern, die seinerzeit gelegentlich der Ausrufung der „Reinischen Republik“ durch Dörten von der französischen Besatzungsbehörde ausgewiesen worden waren, den Herren Rektor Fr. Jodel, Lehrer und Landtagsabgeordneter Reiber und Lehrer Fr. Eenz Lehrerstellen an der Volksschule in Darmstadt übertragen wurden. Damit hat diese vielbesprochene Affäre, die wiederholt Gegenstand von Verhandlungen zwischen den deutschen Behörden und der Hohen Kommission war, ihren endgültigen Abschluß gefunden. Nur zwei der ausgewiesenen Lehrer konnten in ihre Mainzer Schuldienststellen wieder eintreten; zwei weitere verzichteten sofort ohne weiteres auf eine Rückkehr, und die drei letzten Herren sind nunmehr dauernd in den Schuldienst der Stadt Darmstadt eingetreten, wo sie bisher schon interimsweise Verwendung gefunden hatten.

Erdbeben. Dienstag früh wurde an der v. Rel-nachischen Erdbebenwarte des Tannus Observatoriums ein sehr heftiges Kernbeben aufgezeichnet. Die ersten Wellen trafen um 9 Uhr 23 Minuten 40 Sek., die zweiten Wellen um 9:33:28 ein. Die maximale Bewegung begann etwa 9 Uhr 50; die Bewegung der Seismographen war etwa um 12 Uhr beendet. Die Herddistanz beträgt 8500 Kilometer.

Der bekräftigte Geldhändler. Der Rentner Stomps aus Krefeld hatte in einem in der Wand angebrachten verschlossenen Koffer sein Barvermögen von 40 000 Mark in Tausendmarkscheinen und für 600 Mark Goldgeld aufbewahrt. Während einer kurzen Abwesenheit ist ihm das gesamte Geld mit einem Nachschlüssel aus dem Schrank genommen worden.

Von den Schiebern. Vor einigen Tagen wurden in Frankfurt a. M. wegen Silberfälschungen nach dem besetzten Gebiet auf dem Hauptbahnhof der Schauspieler Steinmetz und ein gewisser Heinrich Meß aus Krefeld festgenommen. Die polizeilichen Ermittlungen haben inzwischen ergeben, daß die beiden ihr schmutziges Handwerk schon seit einem Jahre betrieben haben und daß sich an dem Handel auch die beiden Brüder und die Eltern des Steinmetz beteiligten. Die gesamte Familie Steinmetz befindet sich nunmehr in Haft. Die beiden Hauptschieber arbeiteten in folgender Weise: Meß brachte von Saarbrücken französisches Papiergeld nach Frankfurt und kaufte mit diesem hier deutsches Silbergeld und führte dieses dann französischen Agenten in Saarbrücken zu. Auf dem Hauptbahnhof operierten sie regelmäßig so, daß Steinmetz mit einer Bahnscheibe verfahren den in einer Handtasche verpackten Silberbestand in den Zug brachte, hier einen Platz so lange freihält, bis der Mitschieber Meß erschien. Dieser trug seinen Silberbestand in einem besonders konzipierten Koffer auf dem Leibe.

Unter dem Verdacht der Spionage. Aus Frankfurt wird gemeldet: In der aufsehenerregenden Diebstahlsgeheule von Patenten chemischer Werke durch eine ganze Reihe von Hehlern, die die unerfundenen Dokumente an das Ausland verkaufen wollten, sind die gesamten Akten dem Reichsgericht in Leipzig überwiesen worden. Von den Verhafteten ist nur der Kaufmann Lohr wieder entlassen worden, der bei der Angelegenheit, seinen Aussagen zufolge nur mitgewirkt haben will, um die Verschleppung der gestohlenen Dokumente im gegebenen Augenblick zu verhindern zu können.

Kursnotiz mitgeteilt von der Nass. Landesbank

%		Geld	Brief
4	Nass. Landesbank	103,50	100,50
3 1/2	do.	—	—
3 1/2	do.	91,—	—
3	do.	85,—	—
4	Frankf. Hyp.-Bank	102,20	102,20
3 1/2	do.	88,50	88,50
4	Frankf. Hyp.-Creditverein	99,70	99,70
3 1/2	do.	87,00	87,00
5	Deutsche Reichsanleihe	79,50	79,50
4	do.	—	—
3 1/2	do.	57,50	57,50
3	do.	—	—
Devisen			
	Frankreich	455	455
	Holland	2104	2109
	Schweiz	1109	1012
	New York	70,42	70,57

Unterernährte
Kinder und Erwachsene
erholen sich
durch den regelmäßigen Gebrauch
von
Dr. Deffer's Eiweiß-Nahrung
Urfrucht

Bruchleidende

bedürfen kein sie schmerzhaftes Bruchband mehr, wenn sie mein in Größe verschwindend kleines, nach Maß und ohne Feder, Tag und Nacht tragbares, auf seinen Druck, wie auch jeder Lage und Größe des Bruchleidens selbst verstellbares, konkurrenzlos dastehendes, ärztlich empfohlenes

Universal-Bruchband

tragen, das für Erwachsene und Kinder, wie auch jedem Leiden entsprechend herstellbar ist.

Mein Spezialist ist zu sprechen in:

Diez, Hotel Oranien, am Samstag, den 30. Okt., morgens von 8 1/2—2,

in Weilburg, Nassauer Hof, am Freitag, den 29., morgens von 9—3,

in Limburg, Hotel Deutsches Haus, am Sonntag, den 31. mittags von 11—2

mit Muster vorerwählter Bänder, sowie mit ff. Gummi- u. Federbänder neuesten Systems, in allen Preislagen, anwendb. Muster in Gummi, Hängeleib, Leib-, Umstands-, Muttervorfall- und Mastdarmvorfallbinden, wie auch Geradhalter, Krampfadernstrümpfe und Suspensorien stehen zur Verfügung. Neben sachgemäßer perfikler auch gleichzeitig streng diskrete Bedienung. Anerkennungs-scheine stehen zur Verfügung.

Ph. Steuer Sohn, Spezial-Bandagen- u. Orthopädiefabr. Konstanz in Baden, Weßerbergstr. 17, Telephon 515.

ZAHN-PRAXIS

Charlotte Kyritz NASSAU Emserstrasse 1-

Sprechstunden jeden Werktag ausser Sonntag von 9—12 u. 3—6 Uhr

Frische Sendung Dachpappe

erhalten. Verkaufspreis enorm billig

zu Fabrikpreisen. Ab Lager bei

Dachdeckermeister Aug. Brauer, Nassau, Bahnhofstraße 9.

Die Stelle des Kirchenrechners der evangelischen Kirchengemeinde Nassau ist neu zu besetzen.

Nur völlig geeignete, kautionsfähige Bewerber wollen sich bis Dienstag, den 26. ds. Mts. abends, bei dem Unterzeichneten schriftlich melden.

Zahlungen nimmt bis auf Weiteres der Unterzeichnete entgegen.

Der Kirchenvorstand Moser, 1. Pfarrer.

Brennholz! zu kaufen gesucht. Waldbestände! z. Selbst fällung. Gustav Nebelung, Frankfurt a. M., Wittelsbacher Allee 7. Telefon Hanja 353.

Vorsichtige Frauen

Monatsregel

bei den Frauen, die ausbleiben, überlegen genau, was sie zu tun haben und werfen nicht ihr Geld für die fast täglich prahlendsten angereichen, meist wirkungslosen Mittel fort. Nur ich allein als langjährig. Fachmann kann Ihnen noch helfen.

Meine Original-Mittel bringen vielfach schon sofort überraschenden Erfolg.

Ein einziger Versuch macht auch Sie für Ihr ganzes Leben wieder froh und glücklich und werden auch Sie wie hunderte andere Frauen sich voller Dankbarkeit Ihr ganzes Leben meiner erinnern.

Ich habe Ihnen nicht zuviel gesagt, was viele Frauen schriftlich aus Dankbarkeit bestätigt haben, trotzdem unschädlich - Volle Garantie.

füge ich schriftlich bei, wenn Geld und sämtliche Unkosten zurück. Versand diskret per Nachnahme.

E. Weinert Hamburg 921 Catharinenstrasse 2.

Gute, gebrauchte, alte Zeitungen, Pfund 30 Pfg., kauft auf Albert Rosenthal.

Vereinsnachrichten.

Männer-Gesang-Verein. Mittwoch abend 8.30 Uhr: Gesangstunde im Vereinslokal. Vollständiges Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Tannusklub Nassau. Mittwoch abend 8 1/2 Uhr: Vereinsabend in der wirtsch. Leicher.

L. J. Kirchberger,

Bankgeschäft

Bad Ems,

Nassauer Hof.

Ausführung sämtl. bankgeschäftlicher Transaktionen.

Eröffnung verzinslicher Scheckkonten

L. J. Kirchberger.